

**1980** Unter Federführung des bestehenden „Psychosozialen Arbeitskreises“ wird von Frauen aus dem Kinderschutzbund, aus dem St. Antoniusheim (Sozialdienst katholischer Frauen), aus der FDP, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ASF, der Deutschen Gesellschaft pro Familia, den Gewerkschaften, der Telefonseelsorge und einzelnen engagierten Frauen ein gemeinsames Konzept für den Betrieb eines Frauenhauses in Karlsruhe erarbeitet.

**1981** Der „Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e.V.“ wird durch zehn Frauen als Einzelpersonen nicht als Mitglied ihrer jeweiligen Organisation gegründet. Erste Mitgliederversammlung des Vereins, Annahme der Satzung, Vorstandswahlen, Eintrag ins Vereinsregister, Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Haussuche – Haussuche – Haussuche.....und kein Ende. Unsere Architektin macht nacheinander Pläne für den Umbau eines nicht mehr ausgelasteten Kinderhorts. für die Mitbenutzung eines städtischen Kinderheimes und für einen Altbau in der Südstadt.

Für dieses Objekt bewilligt der Stadtrat einen Zuschuss von 180.000 DM, nachdem sich der Sozialausschuss Frauenhäuser in anderen Städten angesehen hat.

**1982** Ohne weitere Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg ist dieses Haus unerschwinglich. Deshalb machen wir einen Anfang mit einer herunter gekommenen Drei-Zimmer-Wohnung in der Weststadt. Das Rückgebäude scheint ausbaufähig, und wir hoffen, die obere Wohnung bald dazu mieten zu können.

Fast ausschließlich in Eigenarbeit wird diese Wohnung umgebaut und mit Versorgungseinrichtungen ausgestattet. Die Finanzierung erfolgt mit einem Tagessatz über Einzelfallhilfe. Im Oktober eröffnen wir das Frauenhaus, das von nun an überbelegt ist. Sehr schnell erkennen wir, dass die Arbeit im „Haus“ nicht mit einem wechselnden Team von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen zu leisten ist. Eine Sozialarbeiterin und eine Lehrerin für die Kinderarbeit werden je mit einer halben Stelle eingestellt. Zwei Frauen aus dem Verein engagieren sich konstant zusammen mit den beiden Hauptamtlichen und bilden mit ihnen das Team.

**1983** Alle Erweiterungspläne in der Weststadt scheitern. Schließlich finden wir ein geeignetes Haus mit Hof in einem Vorort von Karlsruhe. Alles geht sehr schnell, für eine Zwischenfinanzierung bis zur Auszahlung des Restzuschusses der Stadt übernehmen einige von uns private Bürgschaften.

**1984** Der Umbau muss sich auf das Notwendigste beschränken, die Grundarbeiten werden von Handwerkern gemacht: notwendigste Installationen, Durchbrüche von der Verkehrsfläche aus, Schließung von Türen bei Durchgangszimmern. Daneben fließt viel Eigenarbeit von Vereinsfrauen, Teamfrauen und verschiedenen Helfern bei tiefstem Frost und nicht funktionierenden Ölöfen hinein.

Im März beziehen wir das „neue“ Haus, die Ausstattung ist „zusammengestoppelt“, aber alle sind froh über die Gemeinschaftsräume, über die zweite Küche und über die Verteilung auf drei Stockwerke.

Anstelle der Ehrenamtlichen stellen wir zwei Erzieherinnen auf jeweils halbe Stellen über ABM ein. Kontinuierliche Arbeit des neuen Teams im Haus. Grundfragen unseres Selbstverständnisses diskutieren wir mit anderen Frauenhäusern in einem von uns organisierten Seminar in Karlsruhe „Frauenhaus – Ort der Emanzipation oder Sozialstation?“

**1985** Einbau der Heizung.

Im Sommer wird uns unser Finanzierungsmodell über einen Tagessatz pro Bewohnerin zur Falle: Eine vorübergehende Unterbelegung zwingt uns dazu, vorsorglich unseren Mitarbeiterinnen zu kündigen, damit sie wenigstens Arbeitslosengeld bekommen. So müssen einmal mehr die Ehrenamtlichen einspringen, es gelingt uns, das Haus offen zu halten. Als es sich schnell wieder füllt, können wir diese Arbeitsform nicht mehr durchhalten.

**1986** Mit viel Eigenarbeit wird der Hof zum Teil begrünt. Ein neues Team geht mit neuem Tatendrang an die vielfältigen Aufgaben im Haus.

**1987** Grundrenovierung der Küche, des Kinderzimmers und des Aufenthaltsraumes.

Strapazierfähige Einbaueinrichtungen ersetzen die einfache z.T. geschenkte Ausstattung. Das Kinderzimmer erhält einen eigenen Zugang zum Hof. Eine weitere ABM-Stelle mit 80% Förderung wird bewilligt. Eine zweite Erzieherin wird eingestellt, das Team besteht nun wieder aus zwei Sozialarbeiterinnen und zwei Erzieherinnen, alle vier halbtags arbeitend. Bewilligung eines größeren Sachkostenzuschusses durch die Stadt Karlsruhe für vorgelegte Sanierungspläne. Auszahlung eines bereits beantragten Zuschusses durch den Landkreis.

Unser Frauenhaus begeht sein fünfjähriges Jubiläum. Wir geben dazu eine ausführliche Broschüre heraus.

**1988** Umbau der steilen Treppe und damit verbunden eine Grundrissänderung. Einsetzen eines Tores, das nicht überstiegen werden kann. Sanierung der Toiletten. Alle Umbauarbeiten sind für die Bewohnerinnen und das Team nervenbelastend.

Der Verein und das Team führen zusammen mit einer Unternehmensberaterin ein Seminar zu Kommunikationsstrukturen und für effektive Zusammenarbeit durch. Für alle Arbeitsgebiete werden detaillierte Arbeitsplatzbeschreibungen erstellt, festgeschrieben und Linien der Zusammenarbeit aufgezeigt.

Eine Praktikantin erstellt ein Konzept zur „Nachgehenden Begleitung“. Die Finanzierung durch den Europäischen Strukturfond gelingt jedoch nicht.

Wir diskutieren unsere Finanzierungsform der Einzelfallfinanzierung. Grundsätzlich bleiben wir bei der frauenpolitischen Forderung nach einer Projektfinanzierung über Haushaltstitel der Kommune. Die Satzung wird überarbeitet. Die Aufgaben der Vorsitzenden werden präzisiert. Es erfolgt eine Unterscheidung von aktiven und passiven Mitgliedern. Grundsätzlich spricht sich die Mitgliederversammlung für eine Mitarbeit in der LAG (Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser) aus.

Der Kredit für unser Haus wird zu akzeptablen Bedingungen von der Volksbank verlängert.

**1989** Sinnvolle Grundrissänderungen des Hauses werden durchgeführt, Bäder werden eingebaut und die Innengipsarbeiten fertiggestellt. Im Hof wird ein stabiles Spielgerüst aufgestellt, finanziert durch Spenden.

Ein Tätigkeitsbericht über die nachgehende Begleitung wird vorgelegt.

Das Auslaufen der ABM-Maßnahmen ist klar abzusehen. Alle Personalkosten müssen über den Tagessatz abgedeckt sein. Nach der Diskussion über unsere Finanzierung streben wir eine Mischfinanzierung an.

Unser Verein beteiligt sich an der „Fraueninformationsbörse“ der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen im Landesgewerbeamt mit ausgezeichneten Tafeln und erregt viel Interesse. Das Grundstück hinter unserem Haus wird von einer Familie mit zwei Kindern gekauft, die dort bauen werden. Es besteht ein Wegerecht über unser Grundstück.

Die nachgehende Begleitung kann nur funktionieren, wenn ein entsprechender Raum d.h. ein Begleitungsladen besteht. Das wird unsere Forderung. Die Arbeit im Haus mit den Bereichen: Frauenarbeit, Kinderarbeit, Hausmeisterinnentätigkeit und Verwaltung wird neu geregelt.

**1990** Neue Fenster und Fensterläden werden eingebaut, Malerarbeiten durchgeführt. Das Dach wird saniert. Das Land Baden Württemberg gewährt uns den ersten Zuschuss.

Wir arbeiten mit anderen Initiativen zusammen, um eine Linderung des Wohnungsproblems für unsere Bewohnerinnen nach der Zeit im Frauenhaus zu erreichen.

Wir stellen ein Konzept für eine 2. Wohnstufe, in die die nachgehende Begleitung integriert sein wird. Unser Verein soll alleiniger Träger sein. Eine entsprechende Stelle wird ausgeschrieben. Wir beschließen eine grundsätzliche Gleichbezahlung unserer Angestellten unabhängig von der jeweiligen Ausbildung als Erzieherin oder Sozialarbeiterin. Wegen der ständigen hohen Belegung des Hauses ist die Arbeit mit vier halben Stellen nicht mehr zu bewältigen, wir beschließen bezahlte Überstunden.

**1991** Restarbeiten im Haus werden durchgeführt.

Unser Verein begeht sein 10-jähriges Jubiläum mit einer Veranstaltung im Liberalen Zentrum.

Zusammen mit dem Arbeitsamt gehen wir an die Öffentlichkeit mit der Veranstaltung „arbeitslos – chancenlos?“.

Unser Team organisiert das Jahrestreffen der LAG in Karlsruhe.

Wir treten aus dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverein aus.

Für die nachgehende Begleitung stellen wir eine Familientherapeutin ein, wir glauben, dass die 2. Wohnstufe schon bald verwirklicht wird. Der Stadtrat sagt Wohnungen für die von uns betreuten und die Frauen aus dem St. Antoniusheim auf CDU-Antrag hin zu.

Mit der Volkswohnung verhandeln wir über Modalitäten der 2. Wohnstufe.

**1992** Die Verwirklichung der 2. Wohnstufe und des Beratungsladens verzögert sich, wir können deshalb die eingestellte Familientherapeutin nicht halten.

Unsere Hausordnung wird neu konzipiert und in manchen Punkten der Realität des Lebens im Frauenhaus angepasst.

Unser Team organisiert inhaltlich das bundesweite Treffen der autonomen Frauenhäuser in Heidelberg. Wir verändern die Arbeitsweise unseres Vereins, für jedes Arbeitsgebiet ist ein verantwortlicher Ausschuss da, die Mitgliederversammlungen werden von organisatorischen und verwaltungsmäßigen Aufgaben entlastet.

Wir stellen einen Antrag auf grundsätzliche Umstellung unserer Finanzierung: weg von der Einzelfallfinanzierung hin zur Projektfinanzierung zum Doppelhaushalt 1993/94 bei der Stadt Karlsruhe. Trotz intensiver Überzeugungsarbeit bei den Gemeinderatsfraktionen und bei der Sozial- und Jugendbehörde können wir unser Anliegen nicht durchsetzen. Es wird an den Sozialausschuss verwiesen.

Gleichzeitig beantragen wir noch einmal Mittel für die endgültige Hofsanierung, nachdem die Bauphase hinter unserem Grundstück abgeschlossen ist.

**1993** Unser Antrag zur Projektfinanzierung für die Hofsanierung liegt im Sozialministerium erst einmal auf Eis. Die Baukosten werden nicht in den Haushalt eingestellt, erst im Herbst in reduzierter Form in den Nachtragshaushalt. Wir schreiben eine neue Broschüre „Zehn Jahre Frauenhaus“. Sie erscheint im Herbst. Wir feiern ein Fest, weil wir stolz sind, als autonomes Frauenprojekt so lange schon gut zu funktionieren.

Auf unsere zweite Wohnstufe warten wir immer noch. Die Volkswohnung hat Schwierigkeiten mit den Tariflöhnen und der Amtsschimmel wiehert! Aber auch dieses Arbeitsfeld werden wir nicht aus den Augen lassen. Wir geben uns nicht geschlagen!

**1994** Die langgeplante 2. Wohnstufe kann in der Schillerstrasse 13 realisiert werden. Wir mieten das Haus mit 5 Wohnungen und einem kleinen rückwärtigen Garten und Spielbereich von der Volkswohnung. An ehemalige Bewohnerinnen werden vier Wohnungen befristet weiter vermietet. Deren Einrichtung wird teilmöbliert durch den Verein. Im Erdgeschoss wird die Beratungsstelle ihren Platz finden.

**1995** Der Konzeptionsentwurf für die 2. Wohnstufe und die nachgehende Begleitung wird im Februar vorgelegt. Den Vorschlag der Stadt Karlsruhe, die Beratungsstelle über eine Erhöhung des Tagessatzes für die Bewohnerinnen des Frauenhauses zu finanzieren, lehnen wir ab. Eine ehemalige Bewohnerin tritt, unterstützt von uns, in der ZDF-Sendung „Doppelpunkt“ auf. Offizielle Eröffnung der Beratungsstelle im Mai mit ehrenamtlichen Kräften. Wir initiieren einen Plakatwettbewerb.

1996 Weiterbildungsseminar: „Der Teufelskreis der Gewalt – sich wiederholende Gewaltbeziehungen bei Frauen“ unter der Leitung von Johanna Stumpf trifft auf Interesse bei Fachfrauen. Über ABM kann eine Fachfrau für die Beratungsstelle in Teilzeit eingestellt werden.

**1997** Immer Ärger mit der Finanzierung: Die Kostenübernahme bei Frauen von außerhalb Baden-Württembergs wird vom Sozialamt Karlsruhe verweigert. Das gesetzliche neue Sorgerecht für Kinder ist nicht in unserem Sinn, da es grundsätzlich beiden Ehepartnern gleiche Rechte einräumt. Die ABM-Finanzierung für die Beratungsstelle läuft aus. Aus pragmatischen Gründen, um Unzumutbarkeiten für die Mieterinnen und ihre Kinder zu vermeiden, rücken wir von der

befristeten Vermietung in der 2. Wohnstufe ab. Eine Fachfrau für Verwaltung und Rechnungsstellung wird auf Honorarbasis für 8 Std. pro Woche eingestellt. Die Mitarbeiterinnen sind in ihrer Haupttätigkeit dennoch unterbesetzt. Eine Broschüre zu 15 Jahre Frauenhaus wird erstellt und ein schönes Fest gefeiert.

1998 Die Beratungsstelle muss wieder ganz ehrenamtlich geführt werden, da die ABM-Bezuschussung von 55% nicht ausreicht. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, um die Kompetenzen in Abgrenzung zur Mitgliederversammlung klar zu regeln.

Im Verein kriselt es: Arbeiten wir noch feministisch genug? Wer steht für welches Konzept? Wir haben jetzt eine Internetseite.

Wir bekommen eine sehr große Spende und können die Beratungsstelle endlich mit der gewünschten Fachfrau neu besetzen, vorerst befristet auf 16 Monate. Ein Antrag auf einen Haushaltstitel für diese Stelle wird bei der Stadt Karlsruhe gestellt.

Vortragsveranstaltung - Frau Prof. Dr. Margit Brückner: „Frauenhaus heute – Gewalt stabilisierend oder Schlüssel für Veränderung?“.

**1999** Das Land Baden-Württemberg bezuschusst nun auch, begrenzt auf eine Million für alle Häuser, Personalkosten, nicht nur wie bisher, Investitionen. Wir stellen dazu mit Erfolg für die Beratungsstelle einen Antrag. Auch unser Antrag auf Zuschussung der Beraterinnenstelle bei der Stadt wird vom Gemeinderat angenommen. So ist die Beratungsstelle weiterhin gesichert. Die Auseinandersetzungen im Verein führen zum Austritt von zwei wichtigen Vereinsfrauen.

**2000** In der Beratungsstelle laufen Gruppen zum Thema: „Trennung und Scheidung“. Die Statistik zeigt, dass die Beratungsstelle angenommen wird.

Nach Einzelgesprächen mit den Teamfrauen vom Haus wird eine Höhergruppierung nach BAT 4b für alle beschlossen. Tagung zusammen mit dem Sozialen Dienst zum Thema: „Gemeinsames Sorgerecht“. Bei gewalttätigen Vätern stellt das für die Frauen ein großes Problem dar. Im Mai geben wir ein kleines Fest in der Schillerstrasse zum 5-jährigen Bestehen der Beratungsstelle. Mit dem geforderten Platzverweis für den Misshandler aus der gemeinsamen Wohnung geht in der Öffentlichkeit ein verstärktes Interesse für Täterarbeit einher. Wir bringen uns in „Runden Tischen“ und „Arbeitskreisen“ parteilich für die Frauen ein. Sie brauchen weiterhin den Schutzraum Frauenhaus. Karlsruhe ist Modellstadt für den „Platzverweis“.

Tagung auf dem Thomashof zum Thema: „Haus und Beratungsstelle, Verzahnung der Arbeit“. Für die Beratungsstelle müssen wir eine neue Mitarbeiterin suchen.

**2001** Unser Frauenhaus wirkt zunehmend verwohnt. Es bietet für die Mitarbeiterinnen und die Beratung nicht genug Raum. Auch die Bewohnerinnen müssen sich einschränken. Die neue, enge Bebauung des Nachbargrundstückes beeinträchtigt den Außenbereich. Wir wollen ein neues Haus. Auch im Team gibt es personelle Veränderungen.

Die Frauenbeauftragte der Stadt organisiert eine Veranstaltung zum Thema: „Häusliche Gewalt“. Wir sind bei der Planung und Durchführung maßgeblich beteiligt.

Und ein nicht mehr für möglich gehaltener Erfolg: Der Gemeinderat stimmt auf unseren mit dem SKF gemeinsam formulierten Antrag hin einer neuen Finanzierungsform zu. Wir erhalten einen Teil unserer Personalkosten jetzt endlich als festen Haushaltstitel und können den Tagessatz entsprechend reduzieren. Aber der Teufel steckt im Detail: Das Sozialamt möchte jetzt auch die Spenden zur Anrechnung bringen. Es gelingt in diesem Jahr nicht mehr, zu einer befriedigenden Lösung für den neuen Tagessatz zu kommen.

Der Kampf ums Geld ist also nur auf die bürokratische Ebene verlagert.

**2002** Mit dem Sozialamt können wir einen verminderten Tagessatz aushandeln, der nun für alle aufgenommenen Frauen gilt – unabhängig von ihrer Herkunftsgemeinde. Damit kommt der Haushaltstitel der Stadt allen Bewohnerinnen zugute. Im Oktober können wir wieder einmal feiern. Das Frauenhaus besteht nun als autonome Einrichtung seit 20 Jahren. Dazu erscheint eine neue Broschüre mit unserer Standortbestimmung und unseren politischen Forderungen.

**2003** Der Kauf eines neuen Hauses wird konkret.

„Anonymität contra Öffentlichkeit“: wie soll die weitere Frauenhausarbeit aussehen? Mittlerweile wird Gewalt im Geschlechterverhältnis in unserer Gesellschaft geächtet. Der Staat nimmt parteilich Stellung, prangert Gewalt an und bestraft die Täter. „Die Frauen müssen sich nicht länger verstecken“, möchte man leichthin sagen. So wird die Frage ob Anonymität weiterhin der einzige Garant für die Sicherheit der Frauen ist oder ob gerade „Öffentlichkeit“ den Frauen den nötigen Schutz bieten kann in diesem Jahr dominierendes Diskussionsthema sein.

Die Arbeit in der Beratungsstelle vor allem im Zusammenhang mit der 2. Wohnstufe muss neu überdacht werden: Wie muss die Begleitung der Frauen aussehen, damit diese nach einer Zeit betreuten Wohnens selbständig und autonom leben können?

**2004** Der Hausneukauf ist als unrealistisch gescheitert. Das Objekt war zu groß und zu teuer. Jetzt heißt es das alte Haus umzubauen, zu sanieren und zu renovieren. Sollen in dieser Zeit die Bewohnerinnen in ein Hotel umziehen? Wir besichtigen zwei Objekte. Die Anonymität wäre nicht zu gewährleisten. So entsteht der Entschluss in zwei Phasen zu sanieren: 1. Bürobereich und Beratung unter laufendem Betrieb. 2. Die Bewohnerinnen müssen in andere Frauenhäuser umziehen und ihr Wohnbereich wird ebenfalls saniert. Der erste Bauabschnitt beginnt noch im November.

Zum Ende des Jahres läuft der Mietvertrag für die Schillerstraße aus. Die Bewohnerinnen dort erhalten neue Wohnungen durch die Volkswohnung, die Beratungsstelle kann vorerst mit neuem Vertrag dort bleiben.

**2005** Eine neue Sozialgesetzgebung ist in Kraft. Die Form der Frauenhausfinanzierung wurde vom Gesetzgeber übersehen. Es erfordert viel Lobbyarbeit zusammen mit dem SKF und den Stadträtinnen aller Fraktionen eine Lösung zu finden. Es wird ein Tagessatz vereinbart, der geteilt ist. Das Jobcenter(Arge) zahlt den Bereich Betreuung, die Stadt den Bereich Wohnen.

Ab dem Frühsommer gilt es die Betriebsunterbrechung im Haus für die Frauen dort gut zu organisieren. Es gelingt. Die Mitarbeiterinnen werden für eine befristete Zeit gekündigt. Die

Sanierung des Hauses wird innerhalb von 3 Monaten geleistet. Im Dezember können wir ein schönes, fast neues Haus wieder eröffnen. Es ist sofort wieder voll besetzt.

**2006** Die Clearingsstelle ist ein neues Arbeitsgebiet, das die Beratungsstelle zusammen mit den Beraterinnen vom SKF übernehmen. Es gilt die Frauen zu erreichen, bei denen der gewalttätige Partner einen Platzverweis aus der Wohnung durch die Polizei erhalten hat.

Wir setzen uns mit der Initiative „Väteraufbruch“ auseinander, die Männer vertritt, die angeblich durch die parteiliche Arbeit für Frauen in ihren Rechten eingeschränkt würden.

**2007** Wir können das 25-jährige Bestehen des Frauenhauses in autonomer Frauenträgerschaft begehen. Wir geben eine Festschrift heraus und feiern mit allen Freunden, Freundinnen, Kolleginnen, Kollegen und Unterstützerinnen und Spendern ein heiteres Fest mit Musik, Kabarett und griechischem Essen. Unsere politischen Forderungen tragen wir noch immer nicht leise vor: Gewalttätige Väter dürfen kein Umgangsrecht gegen den Willen der Mütter und Kinder bekommen!

**2008** Politisch beschäftigen uns zwei Themen: Das Umgangsrecht der Väter, das für die Frauen und Kinder, die den Vater als Gewalttäter erlebt haben, eine erneute Belastung und Traumatisierung darstellt. In der Rechtsprechung geht man dagegen von dem Grundsatz aus: Kinder brauchen beide Eltern, ohne auf die Vorgeschichte von Gewaltausübung zu achten. Wir halten in jedem einzelnen Fall dagegen und versuchen auch grundsätzlich ein Umdenken der Richter zu erreichen.

Aufgeschreckt durch schlimme Fälle von Kindesmisshandlung bis zum Tod, will uns die Sozial- und Jugendbehörde dazu verpflichten, unsere Mitarbeiterinnen einer polizeilichen Prüfung zu unterziehen und verpflichtende Fortbildungen zu machen. Fälle von Kindeswohlgefährdung sollen meldepflichtig werden. Hier sehen wir den Grundsatz unserer Autonomie gefährdet. Die Stadt versucht ihre Verantwortung auf andere Einrichtungen abzuwälzen. Wir sind aber keine Einrichtung der Jugendpflege sondern ein autonomer Verein und wir brauchen das Vertrauen der Frauen, die zu uns kommen.

Wir achten auch ohne vertragliche Verpflichtung auf das Wohl der Kinder im Haus.

Im Sommer machen wir einen gelungenen Ausflug mit den Bewohnerinnen und ihren Kindern mit Spaß und Spiel und gutem Essen ins Albtal.

Zum Tag „Gegen Gewalt an Frauen“ im November veranstalten wir eine Lesung: „Frauenmord klassisch“.

**2009** Wir haben neue, größere Räume für unsere Beratungsstelle in der Kriegsstr. 148 gefunden. Sie sind zentral gelegen und frisch renoviert. Wir müssen nur noch umziehen und vieles neu einrichten. Im Juli findet die Einweihung mit Musik und Eiscreme statt. Von der Frauenbeauftragten bis zu Stadträtinnen aller Parteien und den befreundeten Mitarbeiterinnen der anderen Beratungsstellen sind alle unsere Gäste.

Eine qualifizierte Mitarbeiterin für die muttersprachliche Beratung auf türkisch fehlt uns noch immer. Die Übergangslösung ist eine engagierte Dolmetscherin.